

Akteneinsicht wird zur Kraftprobe zwischen Göldner und Wigant

Unna. Im Streit um den Abbruch der Beigeordnetensuche in Unna bleiben die Fronten verhärtet. Das Rathaus gewährt Skeptikern aus der Politik Akteneinsicht, diktiert dabei aber eigene Regeln.

Es geht um die Frage, ob der Abbruch der Beigeordnetensuche in Unna notwendig war, und es geht auch um die Frage, ob das Rathaus die Politik vor ihrem Beschluss korrekt informiert hat. Doch auch im Versuch, diese Fragen zu klären, zeigen sich zunehmende Spannungen zwischen der Stadtverwaltung und Teilen der Politik.

Gut zwei Wochen nach seinem Antrag auf Akteneinsicht hat FLU-Fraktionschef Klaus Göldner eine erste Reaktion aus dem Rathaus erhalten. Das Schreiben lag nach Göldners Worten unvermittelt im Postfach seiner Fraktion, auch wenn es dem Datum nach schon eine Woche zuvor verfasst worden sein soll.

Das Rathaus teilt darin mit, nicht nur Antragstellern, sondern gleich auch allen Fraktionen aus Gründen der Gleichbehandlung die Einsichtnahme in die Akten zur abgebrochenen Personalsuche zu ermöglichen.

Dafür setzt die Stadtverwaltung ein Zeitfenster von 12 bis 19 Uhr am 23. August fest, in dem sich Interessierte bitte einen konkreten Termin geben lassen. Und sie kündigt an, dass Ratsmitglieder, die davon Gebrauch machen wollen, zuvor eine neue Verschwiegenheitserklärung unterschreiben müssen.

Bei Klaus Göldner kommt diese Reaktion nicht uneingeschränkt gut an. „Ich verstehe es nicht“, erklärt er. „Ich war der einzige, der bereits im Stadtrat angekündigt hat, Akteneinsicht zu nehmen. Danach hat noch die WfU einen entsprechenden Antrag gestellt, aber

sonst niemand. Was hat es nun mit Gleichbehandlung zu tun, wenn auf einmal alle eingeladen werden? Ist denn wirklich zu erwarten, dass auch die CDU in die Akten schauen will?“

Dass es die Stadt nicht schaffe, bei einem Zeitraum von über sieben Wochen zwischen Beschluss und Überprüfung mehrere Terminoptionen an verschiedenen Tagen zur Auswahl zu stellen, bewertet Göldner als „eine Frechheit“. Und dass sein Recht auf Akteneinsicht davon abhängig gemacht werden soll, zunächst einseitige Erklärungen abzugeben, sei höchst fragwürdig.

In Paragraph 55 der NRW-Gemeindeordnung (Kontrolle der Verwaltung) heißt es: „Jedem Ratsmitglied oder jedem Mitglied einer Bezirksvertretung ist vom Bürgermeister auf Verlangen Akteneinsicht zu gewähren, soweit die Akten der Vorbereitung oder der Kontrolle von Beschlüssen des Rates, des Ausschusses oder der Bezirksvertretung dienen, der es angehört. (...) Die Akteneinsicht darf nur verweigert werden, soweit ihr schutzwürdige Belange Betroffener oder Dritter entgegenstehen.“

Göldner: „Lasse mir nicht den Mund verbieten“

Göldner betont, dass die persönlichen Daten von Bewerbern natürlich geschützt werden müssen, will sich aber nicht nehmen lassen, die Schlüsse zu kommunizieren, die er aus seiner Akteneinsicht zieht. „Ich lasse mir nicht den Mund verbieten“, erklärte er.

Der FLU-Mann zweifelt an, dass Beschwerden, Bewerbungswiderrufe und Klageandrohungen von Bewerbern im Vergabeverfahren für zwei vakante Beigeordnetenstellen im Rathaus in dem Maße eingegangen sind, wie es die Stadtverwaltung in einem Papier für die Politik dargestellt habe. Es sei zu prüfen, ob der Rat der Stadt von der Verwaltung korrekt informiert worden ist, bevor er sich am 1. Juli mehrheitlich auf einen Abbruch der Verfahren und den Widerruf der Stellenausschreibungen verständigte. Göldner deutete an, in diesem Fall die Kommunalaufsicht einzuschalten. Ähnliches zieht auch die SPD-Fraktion in Betracht, die Bürgermeister Dirk Wigant bereits aufgefordert hat, den Beschluss des Rates in seiner Rolle als dessen Vorsitzender zu beanstanden. *ska.*



Ins Rathaus zu gelangen, ist derzeit nicht ganz einfach. Selbst Ratsmitglieder müssen mehrere Wochen warten, wenn sie ihr Recht auf Einsichtnahme in Verwaltungsakten wahrnehmen wollen.

FOTO RAULF (A)



Allzu einfach lässt sich der Streit um das abgebrochene Verfahren der Beigeordnetensuche offenbar nicht beilegen. FLU-Fraktionschef Klaus Göldner (L.) und Bürgermeister Dirk Wigant (CDU) verstricken sich in eine Kraftprobe. FOTOS ARCHIV